Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

291 (12.12.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 291 — **Montag, den 12. Dezember 1932** — **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Deutschland wird auf Grund einer gemeinsamen Erklärung der Fünfmächte wieder an der Abrüstungskonferenz teilnehmen.

*

In Genf wurde auf der Fünfmächte-Konferenz eine Einigung erzielt und ein Abkommen unterzeichnet.

*

England hat den Vereinigten Staaten die neue Schuldennote überreicht, in der es erklärt, die Dezemberrate in Gold, aber auf Amortisationskonto zu zahlen.

*

Der französische Kabinettsrat hat die Zahlung der Dezemberrate an Amerika unter gewissen Bedingungen beschlossen. Herriot wird bei der heutigen Kammeraussprache über die Schuldenfrage die Vertrauensfrage stellen.

*

Präsident Hoover hat die französischerseits vorgeschlagene Zustimmung zur Weltschuldenkonferenz abgelehnt.

*

Die polnischen Behörden sind an der oberschlesischen Grenze einem Riesen-Sacharin-Schmuggel auf die Spur gekommen, der dem polnischen Staat einen Schaden von acht Millionen Zloty zugefügt hat.

Winterhilfe beschlossen

Unentgeltliche Lieferung von Lebensmitteln und Bekleidungsstücken

Im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages wurde am Samstag abend über die Winterhilfe beraten. Es lagen zahlreiche Anträge der Parteien vor. Die **Kommunisten** verlangten Gewährung von Winterhilfen an alle auch die nichtunterstützten Arbeitslosen und an die Sozialrentner. Die **Sozialdemokraten** forderten unentgeltliche Belieferung mit Brot und Kohle sowie mit verbilligtem Fleisch an alle Unterstützungsempfänger. Die **Nationalsozialisten** wünschten eine angemessene Weihnachts- und Winterbeihilfe durch Lieferung von Gegenständen des täglichen Bedarfs. Sowohl Bauern als auch der gewerbliche Mittelstand sollen danach unter Anrechnung des Lieferungswertes auf die Steuern die Winterhilfe durchführen.

Ministerialdirektor Krohn vom Reichsarbeitsministerium erklärte, daß die Reichsregierung unter Benutzung der Erfahrungen des Vorjahres auch in diesem Winter dafür gesorgt habe, daß eine Hilfsaktion für die Erwerbslosen durch Verbilligung von Lebens- und Bedarfsmitteln durchgeführt werde. Die Reichsbahn hat eine Frachtverbilligung für Kohle zugesagt. Die Kohlensyndikate und der Kohlenhandel werden die Kohlenpreise zugunsten der Hilfsaktion herabsetzen. **In welchem Ausmaß die Reichsregierung selbst sich an der Hilfsaktion beteiligen wird, wird noch mit dem Haushaltsausschuß festzusetzen sein.** Schon jetzt hat das Reich den Ländern und Fürsorgeverbänden Mittel zur Verfügung gestellt zur Verbilligung von Fleisch, dessen Preis pro Pfund 20 Pfg. unter dem normalen Preis liegt. Der Personenkreis ist derselbe wie im Vorjahre. Die Hauptunterstützungsempfänger mit vier und mehr Zuschlagsempfängern werden wie im Vorjahre besonders bedacht.

Der **sozialdemokratische Antrag** auf Gewährung einer Winterhilfe würde eine Ausgabe von 400 bis 500 Millionen RM. verursachen, der **kommunistische Antrag** auf Gewährung einer Barunterstützung 700 Millionen RM., der kommunistische Antrag auf Gewährung von Natural-Unterstützungen 170 Millionen RM.

Die Kosten, die der **nationalsozialistische Antrag** verursachen würde, lassen sich noch nicht übersehen, da er keine Einzelheiten enthält. Die Reichsregierung wird an Hand der im Ausschuß vorgebrachten Wünsche prüfen, welche weiteren Verbilligungsmaßnahmen möglich sind. Schließlich unterstützt die Reichsregierung auch in diesem Jahre die Winterhilfssammlung der Verbände der freien Wohlfahrtspflege.

Nach längerer Debatte faßte der Ausschuß **einstimmig folgende Entschließung**, die eine Zusammenfassung des nationalsozialistischen und des sozialdemokratischen Antrages bedeutet:

„Die Reichsregierung wird aufgefordert, alsbald durchgreifende Maßnahmen zu treffen, durch die den großen Massen der notleidenden Bevölkerung eine angemessene Weihnachts- und Winterbeihilfe gewährt wird. Der Personenkreis erstreckt sich auf alle Arten von Empfängern öffentlicher Unterstützungen und Renten wie Arbeitslose, Sozialrentner, Empfänger von Kurzarbeiterunterstützung, Kleinrentner, Kriegsbeschädigte usw." — Von einer Substantierung der Unterstützungsmittel wurde in dem Beschluß abgesehen. Es wurde gesagt, daß die Winterhilfe in unentgeltlicher Belieferung von Naturalien, Kleidungsstücken usw. je nach den örtlichen Verhältnissen bestehen soll; sie darf aber nicht zu einer Verminderung der Geldunterstützung führen. Die Mittel für die Durchführung der Winterhilfe stellt das Reich den Gemeinden und Gemeindeverbänden zur Verfügung. Von dieser Winterhilfe sollen Alleinstehende nicht ausgenommen werden. Dieser Beschluß wird mit bezug auf seine finanzielle Auswirkungen im Haushaltsausschuß behandelt werden, der zu diesem Zweck bereits am Montag zusammentreten wird.

Einigung in Genf

Deutschland geht wieder zur Abrüstungskonferenz

Genf, 11. Dez. Die am Samstag von der Fünfmächte-Konferenz ausgearbeitete Erklärung, die es Deutschland ermöglicht, an der Abrüstungskonferenz wieder teilzunehmen, ist am Sonntag von sämtlichen fünf Mächten endgültig angenommen und unterzeichnet worden. Die Verhandlungen am Samstag dauerten fünf Stunden.

Die eine Schreibmaschinenseite umfassende, in englischer Sprache abgefaßte Erklärung trägt folgende Unterschriften: J. Ramsay Macdonald als Vorsitzender, Norman H. Davis, Sir John Simon; J. P. Boncour, von Neurath, Aloisi. Die Unterzeichnung erfolgte am Sonntag vormittag in der Schlußsitzung der Fünfmächte-Konferenz. Sie verzögerte sich zunächst etwas, weil Paul Boncour mit erheblicher Verspätung zur Sitzung erschien.

Auf Grund dieser Erklärung nimmt Deutschland nunmehr wieder seine Mitarbeit an der Abrüstungskonferenz auf und wird zu den für diese Woche vorgesehenen Sitzungen des Präsidiums und des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz Vertreter entsenden. Am Schluß der Sitzung empfing Macdonald den Konferenzpräsidenten Henderson, um ihm die Erklärung der fünf Mächte zu übergeben. Den Abschluß der Konferenz bildete ein Diner, zu dem Macdonald die Teilnehmer eingeladen hatte. Freiherr von Neurath hat am Sonntag Genf verlassen. Auch Macdonald ist nach London zurückgereist.

*

Gemeinsame Erklärung der Fünfmächte-Konferenz

Genf, 11. Dez. Die unterzeichnete Erklärung über das Ergebnis der seit dem 5. Dezember hier geführten Besprechungen der fünf Mächte über die Rüstungsfrage hat folgenden Wortlaut:

1. Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, Frankreichs und Italiens haben erklärt, daß einer der Grundsätze, die die Konferenz leiten sollen, darin bestehen muß, **Deutschland und den anderen durch Vertrag abgerüsteten Staaten die Gleichberechtigung zu gewähren in einem System, das allen Nationen Sicherheit biete, und daß dieser Grundsatz in dem Abkommen, das die Beschlüsse der Abrüstungskonferenz enthält, verkörpert werden soll.**

Diese Erklärung schließt in sich, daß die **Rüstungsbeschränkungen für alle Staaten in dem in Aussicht genommenen Abrüstungsabkommen enthalten sein müssen. Es besteht Einigkeit darüber, daß die Art und Weise der Anwendung dieser Gleichberechtigung auf der Konferenz erörtert werden soll.**

2. Auf der Grundlage dieser Erklärung hat **Deutschland seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, an der Abrüstungskonferenz wieder teilzunehmen.**

3. **Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, Frankreichs, Deutschlands und Italiens sind bereit, gemeinsam mit allen anderen europäischen Staaten feierlich noch einmal zu bestätigen, daß sie unter keinen Umständen versuchen werden, gegenwärtige oder künftige Streitfragen zwischen den Unterzeichnern mit Gewalt zu lösen. Sie soll einer näheren Erörterung der Frage der Sicherheit nicht vorgreifen.**

4. Die Regierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreiches, Frankreichs, Deutschlands und Italiens erklären, daß sie **entschlossen sind, auf der Konferenz gemeinsam mit den anderen dort vertretenen Staaten darauf hinzuwirken, daß unverzüglich ein Abkommen ausgearbeitet wird, das eine wesentliche Herabsetzung und eine Begrenzung der Rüstungen herbeiführt und gleichzeitig eine künftige Revision zum Zwecke der weiteren Herabsetzung vorsieht.**

*

Der Wert der Genfer Einigungsformel

T.U. **Genf**, 11. Dez. Zu der Vereinbarung der fünf Großmächte über die Gleichberechtigungsfrage wird von maßgebender deutscher Seite nachfolgender Standpunkt eingenommen:

Durch die neue Vereinbarung ist jetzt trotz zweifellos zu erwartender anders lautender Auslegungen der Grundsatz der Gleichberechtigung aller Staaten auf der Abrüstungskonferenz anerkannt worden. Es bleibt der deutschen Regierung nach wie vor offen, die Konferenz wieder zu verlassen, falls in den weiteren Verhandlungen der Grundsatz der Gleichberechtigung keine praktische den deutschen Interessen entsprechende Anwendung findet. Die deutsche Regierung würde sich aber in einem solchen Falle in einer besseren Lage als bisher befinden, da dann eine flagrante Verletzung der gegenseitigen Vereinbarungen festgestellt werden könnte. Man ist sich natürlich auf deutscher Seite vollständig darüber im klaren, daß die praktische Anwendung der jetzt rein grundsätzlich anerkannten deutschen Gleichberechtigung auf der Abrüungskonferenz auf fortlaufende und große Schwierigkeiten stoßen wird und daß die praktische Durchführung der der deutschen Gleichberechtigung auf der Grundlage der gegenwärtigen Vereinbarungen von Deutschland gegen alle Widerstände durchgesetzt werden muß. Andererseits wird auf deutscher Seite betont, daß es taktisch nicht mehr richtig erschien, außerhalb der Abrüstungskonferenz zu bleiben, da die Schwierigkeiten in diesem Falle noch weiter gewachsen wären. Die deutsche Regierung habe jetzt volle Freiheit, auf der Abrüstungskonferenz über die praktische Durchführung des Gleichberechtigungsgrundsatzes zu verhandeln.

In internationalen Kreisen wird die Vereinbarung der fünf Großmächte über die Gleichberechtigungsfrage zunächst als die theoretische Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung gewertet und übereinstimmend festgestellt, daß nach der Neuregelung das künftige Abrüstungsabkommen auch für Deutschland die allein bindende Regel bilden muß. Jedoch geht aus der Vereinbarung nicht hervor, welche praktische Anwendung dieser Grundsatz findet, somit in welcher Weise der deutsche Rüstungsstand endgültig geregelt wird. Bis zu dem Abschluß eines Abrüstungsabkommens bleiben die gegenwärtigen Bindungen Deutschlands bestehen. Der endgültige Rüstungsstand Deutschlands wird nunmehr von dem Zustandekommen des künftigen Abrüstungsabkommens u. damit von dem Schicksal der ganzen Abrüstungskonferenz abhängig gemacht. Es versteht sich aber von selbst, daß im Falle eines Scheiterns der Abrüstungskonferenz aus anderen Gründen oder infolge der unlösbaren Flottengegensätze Deutschland seine volle Handlungsfreiheit erhält.

Alles in allem: Die jetzt gefundene Einigungsformel hat weder die Abrüstungskonferenz noch die deutschen Forderungen auf Gleichberechtigung praktisch einen Schritt vorwärts gebracht. Die Verwirklichung der deutschen Forderungen steht auch heute genau wie im Juli ds. Js. noch bevor. Der Erfolg ist lediglich taktisch zu bewerten.

*

Litwinow bei Neurath

T.U. **Genf**, 11. Dez. Der sowjetrussische Außenkommissar Litwinow stattete am Sonntag nachmittag gleich nach seinem Eintreffen aus Bern dem Außenminister von Neurath einen Besuch ab. Es scheint, daß Litwinow damit gerechnet hatte, daß der Vorschlag des amerikanischen Vertreters Norman Davis auf Vertagung der Abrüstungskonferenz angenommen werden würde und deshalb nach Genf gekommen war, um dagegen zu protestieren. Litwinow soll erst unterwegs von der inzwischen zustande gekommenen Einigung erfahren haben.

*

London erfreut

Das „Weihnachtsgeschenk" in der Abrüstungsfrage.

T.U. **London**, 11. Dez. Der Entschluß Deutschlands, wieder zur Abrüstungskonferenz zurückzukehren, wird in London lebhaft begrüßt. Die „Sunday Times" schreibt, das sei das „Weihnachtsgeschenk" in der Frage Abrüstung. Die Vereinigten Staaten hätten jetzt keine Entschuldigung mehr, sich einer Revision der Kriegsschulden zu widersetzen, die von Präsident und Senat der Vereinigten Staaten mehrfach als Gegenleistung für Fortschritte in der Abrüstung angeboten worden sei. Die Londoner Presse bezeichnet die Genfer Lösung als Erfolg Macdonalds. Ihm falle das Verdienst zu, die Formel für das Kompromiß gefunden zu haben. Gleichzeitig wird auch anerkannt, daß Neurath eine Auslegung der deutschen Gleichberechtigungsforderung gegeben habe, die Macdonald zur Unterlage für seine Arbeiten nehmen und dann in die Schlußformel hineinarbeiten konnte.

Die Vorbesprechung der Notenbankgouverneure in Basel beendet

T.U. **Basel**, 11. Dez. Der zweite Teil der Vorkonferenz der Gouverneure der Notenbanken war am Sonntag abend um 19 Uhr beendet. Dr. Luther dürfte in Privatbesprechungen mit einzelnen Gouverneuren die Frage der Verlängerung oder Erneuerung des Stillhalteabkommens und die damit zusammenhängenden Konsolidierungsmöglichkeiten angeschnitten haben.

Die mit der Schuldenzahlung an Amerika — soweit sie nicht in Gold erfolgt — zusammenhängenden Transferierungsfragen wurden in der Sitzung eingehend erörtert, ganz besonders aber auch die ungünstigen Rückwirkungen auf das englische Pfund und verschiedene andere Währungen, die eine neue Drosselung des Warenaustausches befürchten lassen.

Die Verwaltungsratssitzung, die unter dem Vorsitz des deutschen Vizepräsidenten Dr. Melchior am Montag stattfinden wird, beginnt bereits um 10 Uhr.

Die Schweiz setzt Einfuhrkontingente fest

T.U. **Basel**, 11. Dez. Das Schweizer Volkswirtschaftsdepartement erläßt eine Bekanntmachung für die Festsetzung der Einfuhrkontingente für das erste Quartal 1933 und zwar für Zucker, Kohle, flüssige Brennstoffe, Malz, Maschinen, Schmieröl, Getreide und Futtermehle. Die Kontingentberechtigung für das erste Quartal 1933 wird in Bezug auf Mengen, Warengattung und Herkunftsland festgestellt auf Grund der im ersten Quartal 1931 getätigten Einfuhr. Ferner wird darauf hingewiesen, daß die im Jahre 1932 nicht benutzten Einfuhrkontingente erlöschen und auf das folgende Jahr nicht übertragen werden können.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Nach der Vertagung des Reichstags

Das Schicksal der Amnestie — Eine Rundfunkrede des Kanzlers — Die nächsten Absichten der Regierung

Der Contidienst gibt folgendes Stimmungsbild:

Die Reichstagstagung hat mit dem Beschluß, dem Präsidenten den Zeitpunkt für den Wiederzusammentritt zu überlassen, den Verlauf genommen, den die Reichsregierung gewünscht hat. Man nimmt an, daß der Reichstag jetzt kurz nach dem 15. Januar wieder zusammenkommt. Bis dahin ist innenpolitisch **eine mehr als fünfwöchige Periode der Ruhe eingelegt.** Dieser Ausgang der Reichstagstagung wird in politischen Kreisen als ein starker Erfolg des Reichskanzlers angesehen, der um so bemerkenswerter ist, als durch das Eingreifen des Reichsjustizministers Dr. Gürtner auch die Amnestiefrage eine Erledigung gefunden hat, die einen Konflikt mit der Reichsregierung vermeidet. Der Amnestiebeschluß geht nun an den Reichsrat. Da für die Behandlung beim Reichsrat Fristen vorgeschrieben sind, ist damit zu rechnen, daß spätestens in der ersten Januarhälfte, vielleicht aber auch schon in diesem Monat die Verhandlungen in diesem Gremium stattfinden werden. Das Schicksal der Amnestie liegt also jetzt beim Reichsrat. In politischen Kreisen herrscht allerdings die Meinung vor, daß im Reichsrat Einspruch erhoben wird. Wenn das Gesetz wirksam werden soll, muß der Reichsrat es ebenfalls mit Zweidrittelmehrheit annehmen. Kommt sie nicht zustande, so muß der Reichstag seinen Beschluß mit verfassungsändernder Mehrheit wiederholen. Bis Mitte Januar hat die Reichsregierung zunächst Zeit, in aller Ruhe zu arbeiten. Ueber diese Arbeit wird sich der Reichskanzler von Schleicher wahrscheinlich schon Ende nächster Woche in einer Rundfunkrede verbreiten, in der er die nächsten Ziele und Absichten der Regierung auseinandersetzt. Im wesentlichen laufen sie darauf hinaus, die Linie der politischen Beruhigung fortzuführen. Diesem Zweck wird vor allem eine starke Auflockerung der Sondergesetzgebung dienen. Die Maßnahmen erstrecken sich besonders auf die Sondergerichte und die Terrornotverordnung. Praktisch kommen die Absichten der Regierung auf diesem Gebiete einer Aufhebung der scharf eingreifenden Bestimmungen ziemlich nahe. Die Reichsregierung hält diesen Weg schon deshalb für gangbar, weil die Verhältnisse sich doch bereits erheblich in der Richtung einer innerpolitischen Beruhigung entwickelt haben.

Diese Politik der inneren Beruhigung wird namentlich in Wirtschaftskreisen lebhaft begrüßt, weil dadurch die Ansätze einer Wirtschaftsbesserung nicht gestört werden, über die in den letzten Tagen besonders aus dem Ruhrgebiet und aus Sachsen berichtet wird.

Stimmen der Presse

Die ohne Zwischenfälle und Störungen erfolgte Vertagung wird überall als ein Erfolg der Regierung von Schleicher gewertet. Lediglich der „Vorwärts" und die den Deutschnationalen nahestehende Presse enthalten kritisch eingestellte stärkere Ausführungen.

Der **„Vorwärts"** meint mit bezug auf die NSDAP., noch nie sei eine Partei in so kurzer Zeit so gänzlich verändert und umgewandelt erschienen wie die nationalsozialistische. Die Nationalsozialisten hätten augenblicklich weder eine Strasser-Politik, noch eine Göbbels-Politik, sie hätten überhaupt keine Politik. Um diesen Mangel zu verbergen, komme ihnen die Vertagung des Reichstages gerade recht. Die Sozialdemokraten hätten es fertiggebracht, daß der Reichstag mit seiner antiparlamentarischen Mehrheit in drei kurzen Sitzungstagen Zeugnis abgelegt habe für den Wert und die Bedeutung eines arbeitsfähigen Parlaments.

Der **„Tag"** gibt der gerade entgegengesetzten Auffassung Ausdruck, er nennt den Reichstag ein „Wandelhaus", aus dessen Geschäftsgang sich ganz zwanglos ergäbe, daß Marxisten und Antimarxisten sich heute balgten um morgen in gemeinsamer Front einen Konkurrenten niederzubieten.

Die **„Kreuzzeitung"** äußert sich ähnlich und sagt, die Reichsregierung habe ihr Ziel, den Reichstag bis Mitte Januar zu vertagen, erreicht. Der Preis sei hoch. Das Kabinett Schleicher werde erst zu beweisen haben, ob es in der Lage sei, trotz dieser Zugeständnisse den Gedanken der autoritären Staatsführung durchzuhalten.

Die **„Deutsche Zeitung"** führt aus, man habe alle Errungenschaften einer parlamentarischen Technik, die wir glücklich für überwunden hielten, unter der bewährten Leitung des Zentrums wieder vorgeführt.

Die **„DAZ."** betont, daß es ein politischer Erfolg der Regierung Schleicher sei, dem unter einem Kabinett Papen unvermeidbar erscheinenden sofortigen Konflikt mit dem Reichstag die neue Auflösung mit all ihren Folgen zu vermeiden und Raum für andere politische Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen.

Die **„Germania"** ist der Ansicht, daß mit der dreitägigen Reichstagssitzung nur ein Provisorium abgeschlossen worden sei. Es würde sich sowohl bei der Regierung als auch beim Parlament grundlegend noch vieles ändern müssen, ehe man auch nur eine schwache Hoffnung hegen könnte, daß aus dem Waffenstillstand im neuen Jahre ein Friedensschluß werde. Zu solchem Optimismus reichten die Erfahrungen der letzten Tage vorläufig nicht aus.

Die **„Vossische Zeitung"** nennt diese erste, kurze Tagung des achten Reichstages einen erstaunlichen Erfolg, wenn er auch weniger auf eine freiwillige Kraftanstrengung des Parlaments, als auf eine geschickte Ausnutzung von Schwächemomenten von einzelnen Parteien zurückzuführen sei.

Das **„Berliner Tageblatt"** sagt, in den drei Tagen seiner Tätigkeit habe der Reichstag zum erstenmal seit langer Zeit wieder sachliche und praktische Arbeit geleistet.

Der **„Börsenkurier"** meint, das wesentliche sei, es habe sich gezeigt, daß der Reichstag mit der Regierung Schleicher zunächst einmal ganz gut auskommen könne. Die Nationalsozialisten, die zwar das Kabinett „nicht tolerieren", führten ihre Opposition so loyal durch, daß sie sich bei der Durchführung der Winterhilfe sogar auf die Maßnahmen des Kabinetts verlassen wollten.

Das Reichstagspräsidium beim Reichspräsidenten

Berlin, 11. Dez. Der Herr Reichspräsident empfing am Samstag das neugewählte Präsidium des Reichtsages, Reichstagspräsidenten Göring und die Vizepräsidenten Esser und Löbe. Der zweite Vizepräsident Rauch konnte wegen Erkrankung an dem Empfang nicht teilnehmen. — Hindenburg hat sich damit begnügt, den Wunsch auszusprechen, daß die Parteien des Reichstages sich zu nützlicher Arbeit zusammenfinden möchten, und er hat dabei auch ein Wort von der Würde des Reichtsages fallen lassen, die durch Prügeleien, wie man sie am ersten Tage erlebte, nicht gerade gefördert würde.

Vor dem Sturz Herriots?

Frankreich in Aufregung

(Pariser Brief.)

Noch niemals war es um das Kabinett Herriot so schlecht bestellt wie in diesen Tagen der Krise der Schuldenzahlungen. Der Ministerpräsident steht vor einer fast unlösbaren Aufgabe, gleichzeitig Amerika und das französische Parlament zufrieden zu stellen. An dieser Aufgabe kann er schon in den nächsten Tagen scheitern.

Amerika besteht auf der Zahlung der am 15. Dezember fälligen Kriegsschuldenrate. Das französische Parlament will davon nichts wissen. Die Regierung sieht die Unmöglichkeit ein, die Zahlungen zu verweigern, denn Amerika ist nicht zu überreden, also muß das Parlament überredet werden. Um dies zu erreichen, muß ihm die Zahlungsleistung irgendwie schmackhaft gemacht werden. Und das ist sehr schwer. Gelingt dies nicht, dann ist Herriot verloren.

Was könnte nun die Kammer veranlassen, das Nachgeben Herriots in der Kriegsschuldenfrage gutzuheißen? Wenn schon, dann vielleicht nur das feste Versprechen, daß dies die letzte Zahlung sei. Ein solches Versprechen wäre aber eine ungeheure Brüskierung Amerikas. Also was tun?

An dieser Frage zerbricht sich jetzt Herriot den Kopf. Er ist nicht der Mann für seine diplomatische Schachzüge gegenüber dem eigenen Parlament. Zweideutige Schachzüge und Ueberrumpelungsmanöver liegen ihm nicht. Dann verzichtet er lieber auf die Macht.

Dadurch würde sich in Frankreich nichts ändern. Auch jeder Nachfolger Herriots wird sich vor die gleiche Schwierigkeit gestellt sehen und wird garnicht anders handeln können als Herriot.

Die gegenwärtige Stimmung in Frankreich hat große Aehnlichkeit mit der Krise, die sich seinerzeit um die Ratifizierung der Abkommen Caillaux-Churchill und Mellon-Berenger abspielte. Es handelte sich gerade um die Kriegsschulden-Abkommen mit England und mit Amerika. Die französische Oeffentlichkeit weigerte sich hartnäckig, ihre Zustimmung zu diesen „Schmach"verträgen zu geben. Nicht einmal Poincare, der Retter des Franc, wagte es von heut auf morgen eine Abstimmung im Parlament über diese Abkommen herbeizuführen. Er hat die erste Rate bezahlen müssen, ehe die Verträge ratifiizert waren. Erst viel später, mit größtem Widerstreben, gab das Parlament seine Zustimmung.

Heute würde kaum die Autorität Poincares ausreichen, um die französische Kammer zur Verewigung der Kriegsschuldenverpflichtungen zu veranlassen. Frankreich erklärt, es habe sich mit dem Lausanner Abkommen abgefunden, weil Amerika die Parole ausgab, erst Reparationsregelung, dann Kriegsschuldenregelung. Jetzt, nachdem die Reparationsregelung erfolgt ist, habe Amerika die Pflicht, nun auch eine Revision der Kriegsschulden vorzunehmen. Das ist der Standpunkt Frankreichs. Jede Regierung, die diesen Standpunkt aufgibt, ist auf die Dauer rettungslos verloren.

Die französische Kammer wird sich am Montag die Sache gründlich überlegen, ehe sie sich zu einem offenen Schuldenkrieg entschließt. Der Sturz Herriots wäre unter diesen Umständen bloß eine Demonstration, allerdings eine Demonstration, die ihren Eindruck weder auf Neuyork noch auf London verfehlen dürfte. In diesem Fall wird aber Herriot zumindest als Außenminister zurückkehren. Die politische Front in Frankreich würde keine tiefgreifende Umgruppierung erfahren. Der Nachfolger Herriots wird, in dieser oder anderer Form, den Kampf gegen Amerika fortführen. Die Tage der politischen Schulden scheinen gezählt zu sein, mit oder ohne Herriot als Ministerpräsident.

*

Neuer französischer Seitensprung

Paris, 10. Dez. Mit 26 Stimmen bei neun Stimmenthaltungen hat der **Finanzausschuß der Kammer jede Zahlung abgelehnt und gefordert, daß die französische Regierung ein neues Stundungsgesuch an Amerika richtet.** Der **außenpolitische Ausschuß** hat sich diplomatischer gezeigt: Mit 21 Stimmen bei drei Stimmenthalungen hat er der **Zahlung grundsätzlich zugestimmt, aber unter dem Vorbehalt, daß die Vereinigten Staaten sich zur sofortigen Schulden-Nachprüfung bereit erklären.** Ein Unterausschuß, bestehend aus je fünf Mitgliedern des Finanz- und des außenpolitischen Ausschusses, soll eine Einigungsformel ausarbeiten, die die auseinandergehenden Beschlüsse einander angleicht.

Endlich hat noch der Vorstand der **Sozial-Radikalen Partei** eine Entschließung angenommen, worin er die sofortige Regelung der Schuldenfrage nach den Grundsätzen der Lausanner Konferenz fordert.

Nach allem, was man aus den verschiedenen Beschlüssen und den Reden in den Ausschüssen folgern kann, sind diese **Bedingungen** zweierlei Art:

1. Amerika muß sich zur sofortigen Schuldenregelung vor dem nächsten Verfallstag vom 15. Juni bereit finden, das heißt, es muß die am 15. Dezember fällige Zahlung **auf die Neuregelung schon in Anrechnung bringen.**

2. England muß die angebotene „Handlungsgemeinschaft" genauer umreißen, das heißt, es muß sich verpflichten, jede Schuldenregelung mit Amerika abzulehnen, wenn nicht gleichzeitig Frankreich eine befriedigende Einigung mit seinem amerikanischen Gläubiger finden kann, und es muß jetzt schon die Zusage geben, daß es am nächsten Verfallstag, dem 15. Juni, nicht weiterzahlt.

In diesem Sinne hat Herriot noch einmal ein Telegramm nach Washington gerichtet und hatte darüber ein ausführliches Telephongespräch mit Macdonald in Genf. Die Erfolgsaussichten in Washington erscheinen recht zweifelhaft. Auf jeden Fall aber dürfte, selbst wenn es Herriot gelingen sollte, die beiden Bedingungen durchzudrücken, **die Kammer in ihrer großen Aussprache am Montag kaum eine Mehrheit von 20 bis 30 Stimmen für die Schuldenzahlung zusammenbringen.**

Seit langen Monaten ist zum erstenmal wieder eine Goldsendung von Frankreich nach Amerika abgegangen. Der deutsche Ueberseedampfer „Bremen" hat für 300 Millionen Francs (1 Franc gleich 16 Pfg.) Goldbarren nach Neuyork mitgenommen. Der Rückfluß des französischen Goldes nach Amerika ist auf die Abschwächung des Francs infolge des Schuldenstreits zurückzuführen.

Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[39

So hörte Ralph, den Kopf an die Tür gepreßt, in dem dünnen Schlafanzug und den nackten Füßen vor Kälte zitternd, die Unterhaltung zwischen Fritz und Ina an.

Er verstand sie nicht — aber daß da etwas war, was für seine geliebte Tante Edith und für den Vati schlimm war, das ahnte er dunkel. Immer angstvoller wurde ihm zumute.

Wenn er doch nur einen einzigen Menschen gehabt hätte, den er hätte fragen können. Aber es war unmöglich, zu Tante Edith zu gelangen, ohne von Tante Ina gesehen zu werden.

Und als er hörte, wie Tante Ina etwas von Schlafengehen sagte, da wandte er sich um und floh, so schnell er konnte, zurück in sein Zimmer. Niemand durfte wissen, daß er die Unterhaltung zwischen Tante Ina und dem fremden Manne mitangehört hatte. Schon das Lauschen war ja eine Unart gewesen — und Tante Ina hatte es ja gesagt, daß für jede Unart der liebe Gott ihn in dem Vati strafen würde.

* * *

Edith saß inzwischen eifrig bei der Arbeit. Sie beugte sich, ohne aufzusehen, über die eng beschriebenen Blätter. Merkwürdig, sie hätte doch darauf schwören können, daß sie sich vorhin alles schon richtig sortiert hingelegt hatte.

Nun waren die Blätter plötzlich durcheinandergeraten; sie mußte sie erst wieder ordnen, ehe sie mit der Abschrift richtig beginnen konnte.

Aber sie hatte sich wohl doch getäuscht, so übermüdet wie sie war.

Endlich aber hatte sie alles so gerichtet, wie es nötig war. Nun schrieb sie, ohne aufzusehen. Es war doch gut, daß sie wenigstens eine Tasse Kaffee getrunken hatte, denn die Müdigkeit von dem schweren französischen Burgunder war noch nicht ganz überwunden.

Da klopfte es. Fritz von Dubian kam herein, vorsichtig eine Tasse Mokka auf einem kleinen, silbernen Tablett balancierend:

„Das neue Stubenmädchen meldet sich zur Stelle, gnädige Frau!" sagte er mit einem einschmeichelnden Lächeln. „Ina schickt mich, Sie möchten sie entschuldigen, sie wollte noch einmal nach dem kleinen Ralph sehen, der jetzt oft so unruhig schläft. — Ich soll Ihnen diese Tasse Kaffee bringen und mich dann empfehlen."

Er stellte sorgsam die Moktatasse vor Edith hin.

„Sie müssen aber heiß trinken, gnädige Frau", mahnte er, „sonst verliert dies schwarze Gift seine belebende Wirkung."

Gehorsam trank Edith den Kaffee in einem Zuge herunter; er war außergewöhnlich stark und sehr gesüßt, hatte aber trotzdem einen bitteren Nachgeschmack. Er war wohl zu kräftig aufgebrüht.

„Ein echt türkischer!" meinte Fritz von Dubian lächelnd. „Hoffentlich hält seine Wirkung vor, bis Sie mit der Arbeit fertig sind. Und nun gestatten Sie, daß ich Ihnen gute Nacht sage — oder soll ich im Nebenzimmer warten, um Sie sicher nach Hause zu begleiten?"

„Wo denken Sie hin, Herr von Dubian", wehrte Edith Bernheim erschrocken ab.

Nun endlich war es wieder still.

Fritz von Dubian war fortgegangen. Die Arbeit konnte weitergehen.

Edith mochte etwa eine halbe Stunde geschrieben haben. Da spürte sie eine Müdigkeit, wie sie sie nie gekannt hatte. Sie warf sich wie eine lähmende Gewalt über sie, wie eine dichte Decke, die das klare Denken mehr und mehr erstickte.

Edith strich sich über die Stirn, um diesen lähmenden Druck fortzuwischen. Sie stand auf, ging ein paarmal im Zimmer hin und her, um durch die körperliche Bewegung wacher zu werden. Eine Weile half das auch — und sie konnte, wenn auch nur mit Mühe, die Abschrift weiter fortsetzen.

Allmählich aber wurde ihr Kopf schwerer und schwerer, vor ihren Augen flimmerte es. — Was war nur mit ihr? Solchen Zustand hatte sie doch niemals im Leben an sich kennengelernt. War sie vielleicht auch krank? Sie lehnte den Kopf auf den Tisch; nur einen Augenblick die Augen schließen, vor denen es wie ein schwerer Schleier wogte, dann würde es ja besser werden, und man konnte weiterarbeiten.

Aber sie spürte es nicht, wie langsam ihre Gedanken sich verwirrten, das Bewußtsein entwich und sie in dem schweren Schlafe, den das Narkotikum in ihr erzeugt hatte, am Schreibtische zusammensank.

Nach einer Weile öffnete sich mit äußerster Behutsamkeit die Tür, die von dem Arbeitszimmer in die Diele führte.

Spähend sah Fritz von Dubian herein, verharrte lautlos, wartete. — Als sich die Schlafende am Schreibtische nicht regte, schlich er leise näher.

Er hatte sich seiner Stiefel draußen entledigt. Sein Gang war unhörbar. Mit prüfenden Blicken sah er auf die junge Frau. Nein, von ihr war nichts mehr zu befürchten.

Ihre ganze entspannte Haltung, das gleichmäßig tiefe Atmen des feingeschnittenen Mundes, die fest geschlossenen Lider mit den langen, dunklen, seidenweichen Wimpern über den Augen. Alles zeigte dem Erfahrenen deutlich, daß das Mittel seine Wirkung getan hatte. — Vor einer Stunde würde sie nicht wieder zum Bewußtsein erwachen, wenn man sie nicht gewaltsam anrief. Er kannte die Natur dieses Mittels, das sehr schnell einschläferte, um dann seine Wirkung sehr bald zu verlieren und nur eine tiefe Müdigkeit und ein halbes Bewußtsein zurückzulassen.

Wie ein Raubtier schlich er zu der Tür, die hinter dem Schreibtisch in die Zimmer des Rechtsanwalts Weltner führte.

(Fortsetzung folgt.)